



## Verkürzte Stellungnahme

**des Verwaltungsrates der SCHMOLZ+BICKENBACH AG, Emmen, gemäss Art. 61 Abs. 5 UEV zum Gesuch einer Gruppe von Gesuchstellern um die Schmolz+Bickenbach GmbH & Co. KG (und von dieser kontrollierten Gesellschaften) und die Venetos Holding AG bzw. Herrn Viktor F. Vekselberg, betr. Ausnahme von der Angebotspflicht**

Mit Gesuch vom 26. April 2013 ersuchten die in gemeinsamer Absprache handelnden Schmolz + Bickenbach GmbH & Co. KG, Düsseldorf (D), sowie die von ihr kontrollierten verbundenen Unternehmen Schmolz + Bickenbach Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf (D), Schmolz + Bickenbach Beteiligungs GmbH, Düsseldorf (D), Schmolz + Bickenbach Stahlcenter AG, Wil, Schmolz + Bickenbach Holding AG, Wil, und Schmolz + Bickenbach Finanz AG, Wil (zusammen die «**S+B Gruppe**») sowie die Venetos Holding AG, Zürich, und die sie kontrollierenden Muttergesellschaften und Trusts (zusammen «**Renova**») bzw. deren wirtschaftlich Berechtigter Herr Viktor F. Vekselberg die Übernahmekommission um die Gewährung einer Ausnahme von der Angebotspflicht nach Art. 32 BEHG.

### 1. Gegenstand des Gesuchs und Position des Verwaltungsrates

Die Gesuchsteller sind einerseits die S+B Gruppe, die gegenwärtig (zusammen) 40.46% des Aktienkapitals der Schmolz + Bickenbach AG (die «**Gesellschaft**») hält, und andererseits eine Gesellschaft der Renova-Gruppe, deren wirtschaftlich Berechtigter Herr Viktor F. Vekselberg ist. Sie beantragen eine Ausnahme von der Angebotspflicht im Hinblick auf die folgende, von ihnen angestrebte Transaktion gestützt darauf, dass die Gesellschaft nach ihren Angaben sanierungsbedürftig sei: Nach dem Vorhaben der Gesuchsteller soll die Gesellschaft eine Kapitalerhöhung im Umfang von EUR 350 Mio. unter Wahrung des Bezugsrechts durchführen. Dabei soll die Renova von der S+B Gruppe Bezugsrechte auf die neuen Aktien in einem Umfang kaufen, welcher der S+B Gruppe ermöglicht, ihre verbleibenden Bezugsrechte durch den Erlös aus jenem Verkauf (d.h. bargeldneutral) auszuüben. Aus diesem Mechanismus sollen nach dem Plan der Gesuchsteller Beteiligungen an der Gesellschaft von mindestens 25.29% (Renova) bzw. 15.17% (S+B Gruppe) resultieren. Darüber hinaus soll die S+B Gruppe das Recht haben, zusätzliche Bezugsrechte bis zu einem Erlös von EUR 10 Mio. an die Renova zu verkaufen, wodurch sich die Beteiligung der Renova entsprechend erhöhen und jene der S+B Gruppe reduzieren würde. Die Renova würde gemäss den Vereinbarungen zwischen den Gesuchstellern als *Underwriter* für die Kapitalerhöhung handeln, d.h. gegen eine Gebühr die neu auszugebenden Aktien fest übernehmen. Anschliessend an die Durchführung der von den Gesuchstellern verlangten Kapitalerhöhung würden die S+B Gruppe und die Renova gemäss ihren Vereinbarungen die Mehrheit des Verwaltungsrates mit Vertretern ihrer Wahl besetzen, wobei Renova vier Verwaltungsratssitze (solange sie mindestens 20% hält) und die S+B Gruppe einen Sitz (solange sie mindestens 10% hält) besetzen dürfte, und sich über die Geschäfte des Verwaltungsrates und der Generalversammlung untereinander abstimmen. Im Falle von Uneinigkeit bestünde (vorbehaltlich gewisser Ausnahmen) ein einseitiges Entscheidungsrecht der Renova. Der Verwaltungsratspräsident würde von Renova bestimmt.

Der Verwaltungsrat der Schmolz + Bickenbach AG erachtet die von den Gesuchstellern verfolgte Transaktion einstimmig als nicht im Interesse der Gesellschaft liegend und hat der Übernahmekommission beantragt, das Gesuch abzulehnen. Diese Position stützt sich darauf, dass eine Sanierungsbedürftigkeit, wie sie für eine Ausnahme von der Angebotspflicht und damit für die Ausschaltung des Ausstiegsrechts der Publikumsaktionäre vorausgesetzt wird, bei der Gesellschaft nicht vorliegt. Ausserdem ist die von der S+B Gruppe und Renova vorgeschlagene Kapitalerhöhung umfangmässig überschüssend. Das Vorgehen und die Vereinbarungen zwischen der S+B Gruppe und Renova verfolgen nach der Einschätzung des Verwaltungsrates das Ziel, unter Umgehung eines Pflichtangebots an sämtliche Aktionäre die Kontrolle über die Gesellschaft zu übernehmen.

Die hier nur kurz erwähnten Gründe für die ablehnende Haltung sind in der vollständigen Stellungnahme des Verwaltungsrates vom 31. Mai 2013 ausführlich dargelegt. Die vorliegende Mitteilung stellt lediglich eine verkürzte Fassung jener vollständigen Stellungnahme dar. Die vollständige Stellungnahme ist auf der Internetadresse der Gesellschaft unter [www.schmolz-bickenbach.com](http://www.schmolz-bickenbach.com) kostenlos zugänglich und sie kann in deutscher und französischer Sprache unter folgender Adresse kostenlos angefordert werden: Schmolz + Bickenbach AG, Postfach, 6021 Emmenbrücke, Schweiz.

### 2. Verfügung der Übernahmekommission

Die Übernahmekommission hat in ihrer Verfügung vom 24. Mai 2013 das Begehren der Gesuchsteller um eine Ausnahme von der Angebotspflicht abgewiesen. Der Text des Dispositivs der Verfügung lautet wie folgt (die vollständige Fassung der Verfügung kann unter [www.takeover.ch](http://www.takeover.ch) eingesehen werden):

1. Das Gesuch von Schmolz + Bickenbach GmbH & Co. KG, Schmolz + Bickenbach Beteiligungs GmbH & Co. KG, Schmolz + Bickenbach Beteiligungs GmbH, Schmolz + Bickenbach Stahlcenter AG, Schmolz + Bickenbach Holding AG, Schmolz + Bickenbach Finanz AG sowie Venetos Holding AG vom 26. April 2013 betreffend Ausnahmen von der Angebotspflicht bzw. Feststellung des Nichtbestehens einer Angebotspflicht im Zusammenhang mit der geplanten Transaktion bezüglich Schmolz + Bickenbach AG wird abgewiesen.
2. Schmolz + Bickenbach AG wird Akteneinsicht im Umfang und unter der Auflage gemäss verfahrensleitender Verfügung vom 8. Mai 2013 gewährt.
3. Die übrigen Anträge werden abgewiesen.
4. Schmolz + Bickenbach AG hat die Stellungnahme ihres Verwaltungsrates samt Dispositiv der vorliegenden Verfügung und Hinweis auf das Einspracherecht bis spätestens am 7. Juni 2013 zu veröffentlichen. Der Entwurf der Stellungnahme ist der Übernahmekommission vorab einzureichen.
5. Diese Verfügung wird am Tag der Publikation der Stellungnahme des Verwaltungsrates auf der Webseite der Übernahmekommission veröffentlicht.
6. Die Gebühr zu Lasten von Schmolz + Bickenbach GmbH & Co. KG, Schmolz + Bickenbach Beteiligungs GmbH & Co. KG, Schmolz + Bickenbach Beteiligungs GmbH, Schmolz + Bickenbach Stahlcenter AG, Schmolz + Bickenbach Holding AG, Schmolz + Bickenbach Finanz AG und Venetos Holding AG beträgt CHF 25'000, unter solidarischer Haftung.

### 3. Einspracherecht (Art. 58 UEV)

Ein Aktionär, der eine Beteiligung von mindestens 3 Prozent der Stimmrechte an der Gesellschaft, ob ausübbar oder nicht, nachweist und nicht am Verfahren teilgenommen hat, kann Einsprache gegen die unter Ziffer 2 dieser verkürzten Stellungnahme erwähnte Verfügung erheben. Die Einsprache muss bei der Übernahmekommission (Selnaustrasse 30, Postfach, CH-8021 Zürich, [counsel@takeover.ch](mailto:counsel@takeover.ch), Fax: +41 58 499 22 91) innerhalb von 5 Börsentagen nach der Veröffentlichung des Dispositivs der unter Ziffer 2 dieser verkürzten Stellungnahme erwähnten Verfügung in den Zeitungen eingehen. Die Frist beginnt am ersten Börsentag nach der Veröffentlichung. Die Einsprache muss einen Antrag und eine summarische Begründung sowie den Nachweis der Beteiligung ihres Urhebers gemäss Art. 56 UEV enthalten.

Emmenbrücke, 31. Mai 2013

Für den Verwaltungsrat:  
Dr. Hans-Peter Zehnder, Präsident